



## Über 102.000 Tote

weltweit hat bis Freitagabend die vom Coronavirus verursachte Lungenerkrankung Covid-19 gefordert. Das geht aus Daten der Universität Johns Hopkins in Baltimore (USA) hervor. Die Zahl der weltweit nachgewiesenen Infektionsfälle lag demnach bei mehr als 1,67 Millionen.

## Am 23. April

findet der Video-Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs statt, um das von den Finanzministern am Donnerstag vereinbarte 500-Milliarden-Euro-Rettungspaket in der Corona-Krise voranzubringen.

## CORONAVIRUS UND DIE FOLGEN

## 3 Lösungen und ein bleibendes Streitthema

EU-CORONAHILFEN: Garantiefonds im Umfang von 500 Milliarden Euro für Kredite, Darlehen und Kurzarbeit – Ziel: Weitere 500 Milliarden über Wiederaufbaufonds

**BRÜSSEL (APA/AFP).** Nach langen Verhandlungen haben sich die EU-Finanzminister auf ein Hilfspaket in der Corona-Krise verständigt. Mit einer halben Billion Euro sollen Mitgliedstaaten, Unternehmen und Arbeitnehmer unterstützt werden.

Gleichzeitig vereinbarten sie Arbeiten an einem „Wiederaufbaufonds“ für die Zeit nach der Krise. Da die Finanzierung des Fonds offen blieb, dürfte auch in den kommenden Wochen weiter um die Corona-Bonds gestritten werden. Ein Überblick:

**Euro-Rettungsfonds ESM**

Der im Jahr 2012 eingerichtete Euro-Rettungsfonds ESM hat Länder wie Griechenland in der Finanzkrise vor dem Staatsbankrott gerettet. Er soll nun vorsorgliche Kreditlinien von bis zu 240 Milliarden Euro bereitstellen. Je-

des Land der Währungsunion kann dabei auf zinsgünstige Darlehen bis 2 Prozent seiner Wirtschaftsleistung zurückgreifen. Im Falle der besonders hart von der Coronavirus-Pandemie getroffenen Staaten Italien und Spanien wären dies 36 Milliarden Euro beziehungsweise 25 Milliarden Euro.

Über die sonst üblichen harten Auflagen für ESM-Kredite wurde lange gestritten. Der Kompromiss der Finanzminister sieht nun als einzige Voraussetzung vor, dass die Gelder nur für die „Finanzierung der direkten und indirekten Kosten für Gesundheitsversorgung, Heilung und Prävention“ im Zusammenhang mit der Pandemie eingesetzt werden.

**Garantiefonds für Unternehmenskredite**

Ähnlich wie die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) soll die Europäische Investitionsbank (EIB) Firmen in



Bündel mit 500-Euro-Scheinen

shutterstock

der Krise mit zusätzlichen Krediten von bis zu 200 Milliarden Euro unterstützen. Im Fokus sollen vor allem kleine und mittlere Unternehmen stehen.

Nötig dafür sind Garantien der Mitgliedstaaten von 25 Milliarden Euro, damit die EIB das Geld an den Finanzmärkten aufnehmen kann. Vorteil sind

auch hier günstige Kreditkonditionen für die Unternehmen. Denn die EIB kann wie der ESM wegen eines Top-Ratings billig Geld beschaffen.

**Europäisches Kurzarbeitergeld**

Ein bis zu 100 Milliarden Euro schweres Programm soll Kurzarbeit unterstützen und Selbstständigen helfen. Damit sollen Massenentlassungen und Firmenpleiten verhindert werden. Zur Finanzierung des „Sure“ getauften Programms will die EU-Kommission selbst an den Finanzmärkten Geld aufnehmen, die dann als günstige Kredite weitergegeben werden. Dafür sollen die Mitgliedstaaten Garantien über 25 Milliarden Euro geben. Die Finanzminister stellten Garantien in Aussicht, legten sich bei der Höhe aber nicht fest. Sie betonten gleichzeitig, dass das Programm „so weit wie möglich“ aus dem EU-Budget finanziert werden soll.

**Wiederaufbaufonds**

Die Finanzminister vereinbarten Arbeiten an einem zeitlich befristeten „Wiederaufbaufonds“, um Europas Volkswirtschaften nach der erwarteten Rezession wieder auf die Beine zu helfen. Umfang und Finanzierungsquellen ließen die Minister noch offen. Sie schließen aber auch „innovative finanzielle Instrumente“ nicht aus, sofern diese „im Einklang mit den EU-Verträgen stehen“. Damit können hoch verschuldete Länder wie Italien weiter darauf hoffen, dass es doch noch europäische Corona-Bonds geben könnte. Für Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire ist eine gemeinsame Schuldenaufnahme „die einzige Lösung“. Er fordert ein Volumen von 500 Milliarden Euro. Österreich, Deutschland, die Niederlande und Finnland sind jedoch strikt gegen Pläne zur Vergemeinschaftung von Schulden. Weiterer Streit ist damit vorprogrammiert.

## UNO warnt vor Viren als Terrorwaffe

**NEW YORK (dpa).** UN-Chef António Guterres sieht in der Zukunft eine wachsende Gefahr von Angriffen durch Bioterroristen, die zum Ziel haben könnten, neue Pandemien wie die gegenwärtige auszulösen.

„Die Schwächen und mangelhafte Vorbereitung, die durch diese Pandemie offengelegt wurde, geben Einblicke darin, wie ein bioterroristischer Angriff aussehen könnte – und erhöhen möglicherweise das Risiko dafür“, sagte Guterres bei einem virtuellen Treffen des UN-Sicherheitsrats in New York. „Nichtstaatliche Gruppen könnten Zugang zu virulenten Stämmen erhalten, die für Gesellschaften auf der



ganzen Welt eine ähnliche Verwüstung bedeuten könnten.“ Die Sorge vor Bioterroristen ist eine von 8 Bedrohungen der internationalen Stabilität, die der Generalsekretär wegen der Corona-Krise vor dem mächtigsten UN-Gremium aufzählte.

## KURZ NOTIERT

**980 Todesfälle** an einem einzigen Tag durch das Coronavirus hat Großbritannien verzeichnet, wie Gesundheitsminister Matt Hancock am Freitag mitteilte. Das sind mehr Tote innerhalb von 24 Stunden als in Italien, das am schlimmsten Tag, dem 27. März, 969 Tote erfasst hatte.

**1783 Menschen** sind in den USA am Donnerstag nach einer Infektion mit dem Coronavirus gestorben. Die Zahl der Toten seit Beginn der Epidemie stieg am Freitag auf über 18.000, wie Daten der Universität Johns Hopkins in Baltimore zeigten.

**117.787 Infektionen** mit dem neuen Coronavirus sind bis Frei-

tagabend in Deutschland registriert worden (Vortag Stand 16.15 Uhr: über 111.100 Infektionen). Mindestens 2600 mit dem Erreger Sars-CoV-2 Infizierte sind gestorben. Am Donnerstagabend waren 2301 Tote vermeldet worden.

**13.492 bestätigte** Coronavirus-Fälle gab es bis Freitagnachmittag in Österreich. 319 Menschen erlagen der Covid-19-Erkrankung.

**987 Menschen** sind in Frankreich innerhalb von 24 Stunden infolge der Coronavirus-Pandemie verstorben; die Zahl der Todesfälle lag am Freitagabend bei insgesamt 13.200.

## Jetzt Massengräber in New York



**NEW YORK.** Am Donnerstag sind in New York 799 infizierte Menschen gestorben, am Freitag ca. 770; über 7800 Tote gibt es insgesamt. Da Beerdigungen nicht erlaubt und die Leichenhäuser längst überfüllt sind, hat New York jetzt begonnen, die Toten vorübergehend in Massen-

gräbern auf der Insel Hart Island zu beerdigen. Laut Bürgermeister Bill de Blasio ist dies nur eine „Zwischenlösung“. Nach der Krise solle jeder Familie eine Beerdigung ermöglicht werden.

**VIDEO** auf [abo.dolomiten.it](http://abo.dolomiten.it)

## EUROPA-SPLITTER

## Coronavirus und Menschenrechte

**KONFLIKT:** In der Bekämpfung von Covid-19 drohen auch Grundrechte unter die Räder zu kommen

Die EU-Grundrechtebehörde schlägt Alarm. In einem neuen Bericht weist die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) darauf hin, dass sich Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 tiefgreifend auf die Grundrechte aller Menschen auswirken.

Die in Wien ansässige EU-Einrichtung schreibt, dass insbesondere in die Rechte älterer Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, Roma oder Flüchtlinge eingegriffen werde. Beispiele umfassen die Nachreihung von älteren Personen in Notfallambulanz, Kinder aus armen Familien, die kein Schulsessen mehr bekommen, oder Altersheime, die vom Pflegepersonal verlassen wurden (in Spanien etwa fand das Militär 25 tote Heiminsassen). Auch Asylheime sind besonders gefährdet, da sich dort das Virus wie in allen geschlossenen Einrichtungen, in denen viele Personen auf engem Raum leben, besonders leicht verbreiten kann – die Situation auf den griechischen Inseln



Hinweistafel auf die Agentur FRA in Wien

Wikimedia/GuentherZ

kommt somit einer Zeitbombe gleich.

Der Bericht zeigt, dass die neue „Corona-Welt“ verstörende Geschichten mit sich bringt. In Ungarn wurde etwa verfügt, dass an den Wohnungstüren infizierter Personen ein rotes Zeichen angebracht wird. In Sardinien wurde ein philippinischer Kellner tätlich angegriffen, da er für einen „Chinesen, der den Virus bringt“, gehalten wurde.

Diskriminierungsstellen in mehreren EU-Staaten berichten von Beschwerden wie etwa jener

eines Kunden, der in einem polnischen Kleidergeschäft wegen seines asiatischen Aussehens nicht bedient wurde. Auch Politiker schrecken nicht davor zurück, Wasser auf die Mühlen des Rassismus zu gießen – wie etwa jener spanische Abgeordnete, der verkündigte, dass seine „spanischen“ Abwehrkräfte dem „chinesischen“ Virus schon Gar aus machen werden.

Der Bericht fordert die Regierungen auf, gezielte Maßnahmen auszuarbeiten, um den besonderen Bedürfnissen schutz-

bedürftiger Gruppen Rechnung zu tragen – zum Beispiel Unterkünfte für Opfer häuslicher Gewalt und zugängliche Gesundheitsinformationen für Personen, die möglicherweise keine regelmäßigen Nachrichten empfangen können. Auch Fälle von Desinformation kommen im Bericht zur Sprache. Und das Problem des Datenschutzes wird behandelt. Viele EU-Länder erheben Daten, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Doch das EU-Datenschutzrecht dürfte nicht untergraben werden – die Regierungen müssten sicherstellen, dass sie beim Schutz der Gesundheit alle Datenschutzgarantien anwenden.

Der Direktor der Agentur unterstreicht, dass man beides kann – unsere Gesundheit schützen und die Menschenrechte achten: „Es ist kein Nullsummenspiel.“ Und: „Je mehr wir die Menschenrechte achten, umso besser werden unsere Strategien im Bereich der öffentlichen Gesundheit sein.“

## 5 FRAGEN AN ...

## ... Gabriel von Toggenburg

**„Dolomiten“: Macht das Virus alle gleich?**

Toggenburg: Nein. Alte, kranke, arme Menschen sind bedrohter als junge, gesunde, reiche.

**„D“: Anlass, Wertigkeiten zu hinterfragen?**

Toggenburg: Ja. Man sieht, dass die eigentlichen „Systemerhalter“ jene Menschen sind, die sonst nicht genügend wertgeschätzt werden, z. B. Kassiererin im Supermarkt oder ausländische Krankenschwester.

**„D“: Droht der Staat zum Überwachungsstaat zu werden?**

Toggenburg: Notstandsgesetze sind Gesetze für den Notfall. Es ist wichtig, dass sie dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz genügen und mit dem Notfall enden. Italien hat seine Notstandsgesetzgebung von Ende Jänner nach 7 Wochen nachgebessert, um besser

Rechtstaatlichkeit zu garantieren. Transparenz und Rechtskontrolle sind in Zeiten wie diesen zentral.

**„D“: Ungarn hat soeben ein Gesetz erlassen, das mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 verglichen wurde. Ist das berechtigt?**

Toggenburg: Nazi-Vergleiche hinken immer. Das deutsche Ermächtigungsgesetz schloss ausdrücklich den Verfassungsbruch mit ein. Es war an keinen Zweck und auch nicht an das Verhältnismäßigkeitsprinzip gebunden. Das ist im ungarischen Gesetz ganz anders.

**„D“: Alles also halb so wild in Ungarn?**

Toggenburg: Das Problem ergibt sich aus dem Kontext. Das ungarische Gesetz enthält keine „Sunset“-Klausel: Es gilt, bis das Parlament bestimmt, dass es nicht mehr gilt. Im Parlament hat aber die Partei des Premiers eine Supermehrheit. Eine unglückliche Koinzidenz.

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.